

## Polarisierung gefährdet Kapitalismus

⇒ 1 (Neo-)klassische Dominanz in der Wirtschaftswissenschaft

Die Kapitalismusanalyse hat in den letzten Jahrzehnten an Genauigkeit verloren. Von der Kritik der politischen Ökonomie der 1968er Bewegung ist wenig geblieben. Das mit marxistischen Argumenten anvisierte Ziel einer Systemtransformation wurde nicht erreicht. Die Strukturen (neo-)klassischer und die (wenigstens orthodoxer) marxistischer Theorie sind einander außerordentlich ähnlich (vgl. Elsenhans 1978, 630-631, ders. 2010b). Deshalb konnten die systemkritischen Verfechter einer sozialistischen Lösung – in ihrer Enttäuschung über das Ausbleiben der Revolution – den Schluss ziehen, dass der heute existierende Kapitalismus unvermeidlich ist, bis irgendwann ein weltweiter Zusammenbruch erfolge. Solange solch ein Zusammenhang nicht eingetreten ist, wurde in Übereinstimmung mit der (neo-)klassischen Theorie behauptet, es müssten die Kapitalinteressen respektiert werden. Oft mit ähnlichem Eifer wie zuvor die Revolution wurde die Austerität als große Leistung der lernfähigen Linken verteidigt. Blair, Schröder und Fischer sind dafür von der „bürgerlichen“ Publizistik hoch gelobte Fälle. Von der 1968er „Revolution“ blieb die Verdrängung der keynesianischen Revolution in den Wirtschaftswissenschaften.

Die Betriebswirte in den Wirtschaftsfakultäten des Westens haben dabei kräftig mitgeholfen. Sie fürchteten für die Passgenauigkeit ihrer Absolventen für die Dienstleistungsaufgaben in Unternehmensleitungen. Diese Unternehmensleitungen lehnten selbstverständlich die Kritik der politischen Ökonomie als Wissenschaftsrichtung ab.

Fast nicht mehr bestritten wird heute vom Mainstream die Aussage von Jean-Baptiste Say (1772/1803, 140f.), dass sich jede Produktion ihren Markt schaffe, so dass alle Umverteilung zu Gunsten von Arbeit Abzug von Profit und Verzicht

---

**Hartmut Elsenhans**, geb. 1941, Studium in Tübingen, Berlin, Paris. Feldforschung in Frankreich, Algerien, Senegal, Bangladesh, Indien, Vietnam, Mali. Lehre in Berlin, Frankfurt, Marburg, Konstanz, zuletzt in Leipzig. Gastprofessuren in Montreal, Dakar, New Delhi, Lissabon, Salzburg und Islamabad. Neuere Veröffentlichungen: *Reconstructing Development Economics: Overcoming Rent for Constructing Capitalism*, in: *Pakistan Development Review* (2016), *Echec de la colonisation française: La France en guerre en Algérie* (2015); *Saving Capitalism from the Capitalists. A Contribution to Global and Historical Keynesianism* (2015); (gemeinsam mit Ouaisa u.a.) *The Transformation of Politised Religion: Zealots Turned into Leaders* (2015).

**GND:** 122981170

---

**DOI:** [10.18156/eug-1-2016-art-2](https://doi.org/10.18156/eug-1-2016-art-2)

auf Wachstum sei, also nur aus außerökonomischen Gründen gerechtfertigt werden könne. Wer auf soziale Folgen wie Verwahrlosung, Polarisierung, politische Sprengkraft und ähnliche nicht primär ökonomische Missstände wachsender Ungleichheit verweist, wird von der sich kritisch verstehenden Öffentlichkeit schon als mutiger Kritiker mit Nobelpreisen belohnt. Für die Vorstellung, dass Kapitalismus in seiner Funktionsweise (und nicht allein aufgrund deren Auswirkungen) durch die Verfolgung von Kapitalinteressen bedroht sein könnte, gibt es mit Hinweis auf das historische Versagen zentral geplanter Volkswirtschaften, des bürokratischen „Sozialismus“, keinen Platz mehr.

Entgegen dieser weithin geteilten Überzeugung über die Angemessenheit (neo-)klassischer Wirtschaftswissenschaft für die Analyse von Kapitalismus wird im folgenden Beitrag ein realwirtschaftlich orientierter keynesianischer Ansatz vertreten. Die Kernaussage dieses Ansatzes lässt sich wie folgt zusammenfassen (Elsenhans 2012, 13-24, 2011b, 10-18): <sup>1</sup>Kapitalismus hängt von steigenden Masseneinkommen, also steigenden Reallöhnen ab. Kapitalistische Unternehmer können aber nicht als einzelne einseitig die Löhne erhöhen (Wettbewerbsfähigkeit). Vorbedingung für steigende Löhne ist deshalb die Verhandlungsmacht von Arbeit, weil nur dadurch die Erweiterung der Märkte erreicht wird. Hohe Verhandlungsmacht der Arbeiter ist dauerhaft ohne hohe Beschäftigung nicht möglich. Unternehmer machen einzelbetrieblich Profite nach Maßgabe ihrer relativen Effizienz (gemessen als Wettbewerbsfähigkeit) im Verhältnis zu anderen Unternehmern. Die Gesamtmasse der Profite wird aber von den Nettoausgaben der Unternehmer für Investitionen bestimmt. Der Zusammenhang wird von Kalecki (1942, 259) so beschrieben: Die Unternehmer erhalten was sie ausgeben. Die Arbeiter geben aus, was sie erhalten. Dieser grundlegende Zusammenhang ist der wesentliche Unterschied zwischen keynesianischer Theorie und allen früheren (marxistischen und klassischen/ neoliberalen Theorien). Ausgaben für Investitionen bestimmen den gesamtwirtschaftlichen Profit unabhängig von ihrer Effizienz.

Weder eine ungleiche Einkommensverteilung noch hohe Vermögen sind also für ausreichenden Profit und damit die Funktionsfähigkeit von Kapitalismus notwendig. Beides kann Kapitalismus sogar gefährden.

Wird die Verhandlungsmacht von Arbeit durch Arbeitslosigkeit vernichtet, wird die Akkumulationsfähigkeit des Systems bedroht. Vorhandene Spielräume werden von den miteinander konkurrierenden

(1) Vgl. dazu Wilcock u.a. 2015

Klassen mit politischen Strategien genutzt, wobei die organisatorisch überlegenen Elemente sich durchsetzen, bei Arbeitslosigkeit die Unternehmerseite. Dies geht mit oligopolistischen Vermarktungsstrategien und mehr oder weniger direkten stützenden Maßnahmen des Staates einher. Marktkonkurrenz nimmt gegenüber politischer Regulierung zurück.

Weil Kapitalismus von der Verhandlungsmacht von Arbeit abhängt, ist Kapitalismus reformfähig. Um seine Vorzüge zu genießen, muss man nicht alle auftretenden Missstände, insbesondere nicht die unbestreitbar auftretenden Tendenzen zu einer Polarisierung der Einkommens- und der Vermögensverteilung hinnehmen. Ihn deshalb zu bewahren wird von einer breiten Mehrheit auch der lohnabhängigen und vermögenslosen Bevölkerung befürwortet, weil er wirtschaftlich in vielen Bereichen effizient ist, Kosten spart, und zu Wohlstand der breiten Bevölkerung beiträgt, und politisch Machtkonzentration gegenüber einer staatlich gelenkten Wirtschaft begrenzt, Wahlmöglichkeiten eröffnet, also zu Freiheit beiträgt. Ihn zu bewahren bedeutet dann, die für das Funktionieren von Kapitalismus systemisch nicht notwendigen Tendenzen zu wachsender Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung zu bekämpfen. Die politische Durchsetzung solcher Reformen wird erleichtert, wenn die Diskurse, Reformen seien wegen der Natur des Kapitalismus gar nicht möglich, argumentativ zurückgedrängt werden können.

Ich stelle deshalb in den Mittelpunkt meiner Argumentation, dass hohe Einkommensungleichheit und hohe Vermögen (nicht nur ungleiche Verteilung der Vermögen) die Wachstumsmöglichkeiten kapitalistischer Systeme eher begrenzen, so dass dauerhaft die Überlebenschancen von Kapitalismus vom Erfolg von Gegenmaßnahmen gegen diese Tendenzen abhängen. In diesem Zusammenhang stelle ich die Frage der Verhandlungsmacht von Arbeit in den Vordergrund.

Weil Kapitalismus nur sehr begrenzt von hohen finanziellen Reserven abhängt, sind Vermögensgegenstände nur begrenzt von Bedeutung für die Machtgleichgewichte. Bei Vollbeschäftigung und vollständiger Konkurrenz in den Mehrwert generierenden Sektoren, also der produzierenden Wirtschaft können sich die Unternehmen sich der Reduzierung der Profite auf die Ausgaben für Nettoinvestitionen nicht entziehen. Das politische Gewicht von Arbeit hängt nicht von Beteiligung am Vermögen ab, sondern von der Stellung als (knapper) Produktionsfaktor im Produktionsprozess.

Gegensätze sind nicht unterschiedliche egalitäre bzw. inegalitäre Muster der Vermögensverteilung, sondern wirtschaftliche Situationen von Kapitalismus, in denen *einerseits* Arbeit über ihre Knappheit (und

damit ihren Preis) Verhandlungsmacht hat und deshalb Vermögen für die Kräftekonstellation innerhalb des Systems zweitrangig sind, und *andererseits* Situationen, in denen wegen Arbeitslosigkeit Arbeit schwach ist, und deshalb der Zugriff auf Vermögen die Reichen weiter stärkt. Nicht zufällig hat die dagegen ethisch begründete Sozialkritik die Emanzipation der Arbeiterschaft über die Teilhabe am Vermögen erreichen wollen. Sie sieht in eigenem Vermögen ein Instrument der Teilhabe. Die real existierende Arbeiterbewegung war hier, so auch die deutschen Gewerkschaften zurückhaltend und zog die Beteiligung an Entscheidungsprozessen, Mitbestimmung und Wirtschaftsräte vor, weil nicht Vermögen, sondern die ökonomisch bedingte Kräftekonstellation auf dem Arbeitsmarkt für Teilhabe entscheidend ist.

Je nach Art der Vermögen haben Konzentrationstendenzen unterschiedliche Folgen. Das in Unternehmungen investierte reale (Sach-) Kapital wird durch den Wettbewerb kontrolliert. Konzentrationstendenzen sind hier weniger unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit zu beurteilen, sondern im Hinblick auf die Aufrechterhaltung von Wettbewerb, hier insbesondere in der Analyse der Preisbildung bei oligopolistischer Konkurrenz. Grundsätzlich werden diese Vermögenswerte dauerhaft durch Entwertung aufgrund technischen Fortschritts bedroht. Bei der Vermögensverteilung bei Finanzmarktteilen stehen für die Funktionsfähigkeit von Kapitalismus weniger die Gerechtigkeit als die Aushöhlung der Mechanismen der realen Wirtschaft und damit die Auswirkungen auf Beschäftigung und Verhandlungsmacht von Arbeit im Vordergrund. Die Einkommen die aus solchen Anlagen gezogen werden können, hängen von der allgemeinen Einkommensentwicklung und der Sparneigung der aus höheren Einkommen ab. Bleibt der kapitalistisch nur begrenzt kontrollierte Reichtum in Anlagen, die ihren Wert auch ohne permanente Innovation behalten, wie Land, Gebäude oder Kunstwerke. Wenn es sich überwiegend um nicht oder schwer reproduzierbare Güter handelt, werden hier Renten erzielt, also Einkommen, die von Marktunvollkommenheiten bestimmt sind. In diesem Bereich spielen Gerechtigkeitsabwägungen eine große Rolle, insbesondere weil der Einfluss solcher Einkommen auf die Funktionsfähigkeit von Kapitalismus sehr viel geringer ist als im Fall der beiden anderen Vermögensarten.

## ⇒ 2 Kernelemente einer realwirtschaftlich orientierten keynesianischen Kritik

Ausgangspunkt keynesianischer Kritik ist die Einsicht, dass Stabilität des Wachstumsprozesses von der Ausweitung der Nachfrage abhängt. Kapitalismus ist gesteuert durch materielle Belohnungen. Die Mitglieder der privilegierten Klasse machen Profite und verbessern damit ihre materielle Position. Profit ist eine besondere Art von Überschuss. Er wird durch Wettbewerb auf möglichst perfekten Märkten ohne politische Intervention zu Gunsten einzelner Wettbewerber „angeeignet“, also verdient. Aber nicht jede Art von Überschuss ist Profit. Jahrtausende von Menschheitsgeschichte waren bestimmt durch politische Aneignung von Überschuss, was ich als Rente bezeichne. Rente ist Einkommen; dass aufgrund von Marktunvollkommenheiten erzielt wird. Der Eigentümer einer besonders reichlich sprudelnden Ölquelle verdient mehr als der Eigentümer einer schon fast versiegenden Ölquelle, wenn beide auf demselben Markt anbieten und sich dort ein einheitlicher Preis bildet. Dasselbe gilt für den Eigentümer eines besonders fruchtbaren Feldes im Vergleich zum Eigentümer einer steinigen Bergwiese. Wer ein technisches Monopol hat, verdient solange mehr wie seine Konkurrenten, bis diese eine gleichwertige nicht gesetzlich geschützte Technologie entwickelt haben. Wer Zugang zu speziellen Informationen hat, erzielt Sondergewinne an der Börse (Insiderhandel). Eine Rente können auch Produzenten eines begehrten Produktes erzielen, wenn sie sich zusammenschließen, um das Angebot zu verknappen.

Je mehr ein Produkt von einer großen Zahl von Konsumenten gekauft wird, die auf Preissenkungen mit der Erhöhung ihres Verbrauchs reagieren, desto geringer der Anreiz, solche Marktunvollkommenheiten zu errichten. Je mehr ein Produkt nur von einer kleinen Zahl eher privilegierter Konsumenten gekauft werden kann, desto weniger führen Preissenkungen zu Absatzsteigerungen. Insbesondere führen Preis erhöhungen nicht zu starker Kaufzurückhaltung, so dass der Umsatz bei steigenden Preisen wächst. Hier können dann Prestigeeigenschaften eines Produkts zu Preisen über den Gestehungskosten führen, weil Hersteller ähnlicher Produkte damit dennoch nicht die Forderungen der Kunden nach Prestige befriedigen können und so teurere Anbieter mit niedrigeren Preisen vom Markt verdrängen können. Auch hier wird eine Rente erzielt. Je stärker die Einkommensungleichheit, desto größer die Chancen auf die Produktionskosten Renteneinkommen draufzuschlagen.

Kapitalismus entsteht historisch durch die Zurückdrängung von Renten durch den Wettbewerb, weil bei niedrigen Zugangsbarrieren neue Anbieter Waren preisgünstig anbieten und dadurch die Margen und politischen Zugriffsrechte vorkapitalistischer herrschender Klassen aushöhlen und letztlich beseitigen. Er dauert fort, obwohl auch neu aufsteigende Unternehmen rasch und dann auch dauerhaft versuchen, eigene Wettbewerbsvorteile durch institutionelle Regelungen in permanente Zugriffsrechtmöglichkeiten, also in Renten zu verwandeln, weil und sofern der Wettbewerb solche Versuche zum Scheitern bringt. Wo der Markt dabei zu langsam funktioniert, werden gesellschaftliche oder staatliche Organe von den Konsumenten und der Mehrheit der kapitalistischen Unternehmer herbeigerufen (Kartellamt). Solange politische Zugriffsmöglichkeiten auf wirtschaftlichen Reichtum nicht stabil gesichert werden können, weil das jeweilige System ausreichend offen für neue Anbieter ist, bleibt die Schaffung von Renten begrenzt. Zugriff auf Mehrprodukt als Profit hängt dann von der Möglichkeit ab, in der kapitalistischen Wirtschaft hergestellte Produkte mit Gewinnspannen am Markt zu verkaufen, aufgrund derer sich eine ausreichende Verzinsung von eingesetztem Investitionskapital ergibt, die Unternehmer anregt, weitere Investitionen zu tätigen. Dazu benötigen sie keine vorherigen eigenen Ersparnisse, weil die überwiegende Masse der Investitionen durch Schöpfung von Kreditgeld durch Bankensysteme finanziert wird. Bankensysteme existieren lange vor dem Kapitalismus; gleiches gilt für Instrumente der Schöpfung von Papiergeld, teilweise sogar ohne ein Bankensystem, wie die nicht nur europäische Institution des Wechsels belegt.

Damit die Produzenten von Konsumgütern für ihre Waren am Markt mehr Erlösen, als sie selbst für die Kosten von Arbeit, von Vorprodukten, also letztlich wiederum Kosten von Arbeit in der Erstellung von Vorprodukten, und für die Ersetzung von verbrauchten Ausrüstungen (Abschreibungen an Maschinen, Bauten) Erlösen, muss es Arbeitseinkommen geben,<sup>2</sup> die für Konsumgüter ausgegeben werden, ohne von den Konsumgüterproduzenten bezahlt worden zu sein.<sup>3</sup> Unter den üblichen Annahmen eines ausgeglichenen öffentlichen Sektors und eines ausgeglichenen Außenhandels ergibt sich, dass solche

(2) Hier werden die vereinfachenden üblichen Annahmen zugrunde gelegt, hier vor allem dass alle Arbeitseinkommen, aber nur Arbeitseinkommen für Konsumgüter ausgegeben werden, sowie dass ein Teil der Unternehmereinkommen tatsächlich als Arbeitseinkommen für Leitungstätigkeit interpretiert werden können.

(3) Also weder direkt als Löhne in der Produktionskette noch als Steuern an einen öffentlichen Sektor bezahlt wurden.

zusätzlich für Konsum zu verwendenden Einkommen nur durch Beschäftigung von Arbeitern bei der Produktion von neuen, über den Ersatzbedarf hinausgehenden Investitionsgütern entstehen können (Elsenhans 2012, 226f).

Im Anschluss an Kalecki (1942) lässt sich zeigen, dass die Höhe der Profite, die die kapitalistischen Unternehmer kollektiv erwirtschaften können, den Nettoausgaben für Investitionen entspricht. Nicht die Profite bestimmen die Höhe der Investitionen, sondern die Einkommen schaffenden Investitionen bestimmen die Höhe der Profite. Profite hängen von der Bereitschaft der Unternehmen ab, Investitionen zur Erweiterung und zur Verbesserung der Produktion zu tätigen. Mehr und bessere Produkte im Vergleich zur bisherigen Produktion können die Unternehmen aber nur verkaufen, wenn die Nachfrage nach Produkten, quantitativ oder qualitativ, steigt. Lenin (1972/1899, 42) hat gegen die politische Richtung der Volksfreunde (Narodniki) die Position der kapitalistischen Banker eingenommen und argumentiert, dass die zusätzliche Nachfrage zur Auslastung eines wachsenden Produktionsapparats allein durch die wachsende Nachfrage nach Investitionsgütern geschaffen werden könne. Dem steht der Nachweis von Bortkiewicz (1907, 456f.) und später Okishio (1961)<sup>4</sup> entgegen, dass bei Neuerungen in der Produktion von Substitutionsgütern (Gütern die bisher gekaufte Waren ersetzen) die Stückkosten sinken, also letztlich das Preis-Leistungsverhältnis steigen müssen. Solche Neuerungen vermindern bei konstanter Nachfrage die Beschäftigung. Arbeitslosigkeit kann dann nur vermieden werden, wenn die Masseneinkommen steigen. Gleichzeitig setzt diese Bedingung sinkender Stückkosten für die Einführung einer neuen Technologie dem Anstieg des Werts des Kapitalbestands und damit der Rate der Kapitalakkumulation gegenüber dem Wert des Volkseinkommens sehr enge Grenzen (Elsenhans 1986, 268-274). Der Kapitalkoeffizient, das Verhältnis zwischen dem Wert des Kapitalstocks und dem Wert des Volkseinkommens ist deshalb im Kapitalismus mit zyklischen Schwankungen eher stabil. Im Verhältnis zu den Reallöhnen kosten die Kapitalgüter über lange Zeiträume des Kapitalismus ungefähr gleich viel. Im Gegensatz zu einer eher feudalen Betrachtung des Kapitalismus besteht dieser gerade nicht in der Kapitalakkumulation. Das in Kapitalstock „vergegenständlichte“ Arbeitsvolumen bleibt bei demografischer Stabilität nahezu gleich.

(4) Samuelson (1972, 54, 1974, 68) unterstützt diese Position. Einen knappen Ausschnitt aus der sehr umfangreichen Literatur zu Bortkiewicz und Okishio findet sich in Elsenhans 2011a, 36f.

Für Güter, die bisherige Güter ersetzen, gilt die Regel, dass Neuerungen die Stückkosten senken müssen, um wirtschaftlich eingesetzt werden zu können. Für neue Güter, die sich nicht mit früheren Gütern vergleichen lassen, gilt, dass sie nur konsumiert werden können, wenn die bisherigen Bedürfnisse befriedigt werden, also reale Kaufkraft zusätzlich entsteht. Beide Bedingungen für Innovationen sind nur zu erfüllen, wenn die reale Nachfrage steigt.

Es handelt sich hier nicht um die sogenannte Kaufkrafttheorie des Lohnes. Die Höhe der Löhne ist nicht entscheidend, sondern das Wachstum der Löhne.

Die derzeitigen Verwerfungen in der Weltwirtschaft und in der europäischen Gemeinschaft zeigen, dass ein volkswirtschaftliches Modell, das primär auf Lösung des Problems der Nachfrage durch Exportüberschüsse setzt, wie die Bundesrepublik Deutschland (Hein 2012, 198), die eigenen Partner destabilisiert. Das in diese Ausweitung der Nachfrage gesteckte Geld wird verloren, im Fall der Bundesrepublik durch Übernahme der Bankschulden durch die Haushalte der führenden Länder und die europäische Zentralbank, wobei letztlich Deutschland den größten Anteil bezahlt.

Wer mit der Definition von Profit als auf Wettbewerbsmärkten verdientem Einkommen ernst macht, und damit Kapitalismus in seiner Fortschrittlichkeit gegenüber vorkapitalistischen Wirtschaften akzeptiert, kann nicht umhin anzuerkennen, dass Kapitalismus auch erfordert, dass die Nachfrage wächst. Nur die Massennachfrage führt nicht zur Zerstörung der Einkommensansprüche der so bedachten Haushalte durch neu auftretende Konkurrenten, die an den neuen Möglichkeiten, gutes Geld zu verdienen.

Eine solche die Masse der Bevölkerung begünstigende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Struktur ist historisch eher das Ergebnis zufällig auftretender Zusammenhänge, nicht die Folge eines zwangsläufigen historischen Prozesses (Eisenhans 2012, 98-108). In England wurde Umverteilung zugunsten der Armen von oben politisch durchgesetzt, weil die Armen als Gefahr für politische Stabilität gefürchtet wurden.<sup>5</sup>

Wegen der neuen Repressionsmöglichkeiten haben die Reichen im Süden nicht überall ähnliche Furcht vor den Armen. Ebenso ist eine solche Struktur nicht unausweichliche Folge wachsenden Reichtums. Der englische Adel war im Vergleich zum kontinentaleuropäischen Adel eher arm und wurde von diesem verachtet. Die „Alten Reiche“

(5) Zur Erklärung der englischen Armengesetze als Instrument der Umverteilung von wirtschaftlichem Überschuss vgl. Eisenhans 1980.

Asiens waren in den Augen der Europäer und tatsächlich auch viel reicher als Europa zu Beginn seiner Industrialisierung. Sie schafften den Sprung in die industrielle Revolution erst später und dann nicht aufgrund ihres Reichtums. Jahrtausende der Anhäufung von Reichtum in der Form des „Profits“ aus monopolistischem Fernhandel haben im Regelfall nicht zum Übergang zu Kapitalismus geführt (Elsenhans 2015, 75-81).

Das Problem der Globalisierung besteht also darin, dass neue Wirtschaften durch Prozesse der partiellen Eingliederung in die Weltwirtschaft wettbewerbsfähig werden, ohne dass ihre Gesellschaften schon kapitalistisch geworden wären, und damit den durch hohen Stand der Beschäftigung geschaffenen Restriktionen für die „Gier“ der „Kapitalisten“ unterworfen wären. Diese zunehmende Wettbewerbsfähigkeit noch nicht kapitalistischer Gesellschaften hat zur Folge, dass das kapitalistische Fließgleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital untergraben wird. Erst durch die Globalisierung werden die Polarisierungstendenzen innerhalb der industriell entwickelten kapitalistischen Systeme so stark, dass sie – auch aufgrund ungeeigneter Reaktionen der Vertreter unterschiedlicher Interessen – zur Bedrohung für die Stabilität kapitalistischer Systeme werden.

### ⇒ 3 Ungleichheit von Einkommen und Vermögen

Wie bei der Erklärung von Profit ist der Ausgangspunkt der Gegensatz zwischen einerseits der Wahrnehmung kapitalistischer Funktionsbedingungen durch die Wirtschaftssubjekte, die sich an individuellen Einzelinteressen auszurichten und deshalb das System in Funktion dieser Einzelinteressen erklären, und andererseits den globalen Funktionsbedingungen des Systems.

Arbeiter streben neben der Verbesserung ihrer allgemeinen Lebensbedingungen, also der Lage der Arbeiterklasse, allerdings auch individuell nur von Einzelnen erreichbare Einkommenssteigerungen an: Sie bemühen sich um Verbesserung ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse, um aufzusteigen. Dies sichert die Verfügbarkeit von angemessen qualifizierten Arbeitskräften für den Produktionsprozess. Solange Bildungsinstitutionen durchlässig bleiben, werden die Menschen ihre Berufswahl an den erwarteten Einkommen ausrichten, so dass Einkommensvorsprünge in bestimmten Berufen auf die durch die Belastung bei Ausbildung oder Berufsausübung bedingten Unterschiede reduziert werden. Wenn in wachsendem Ausmaß betriebsspezifische, durch Learning by doing erworbene Kenntnisse von Bedeutung werden, entwickeln sich die Unvollkommenheiten auf den Arbeitsmärkten,

die in der Diskussion über Hysteresis thematisiert worden sind. Wenn der Zugang zu Führungspositionen beschränkt werden kann aufgrund der Knappheit der „Ausbildungsstellen“, dann entwickeln sich Ungleichheiten, die zu einer Auflösung des Zusammenhalts der lohnabhängigen Arbeiterschaft führen können, in deren Folge die Verhandlungsmacht von Arbeit abnimmt.

Tendenzen zu größerer Einkommensungleichheit der Haushalte schränken die Wirkung eines wesentlichen Elements kapitalistischen technischen Fortschritts ein. Kapitalistischer technischer Fortschritt unterscheidet sich von vorkapitalistischem technischen Fortschritt dadurch, dass über die Produktion in großer Zahl die Herstellung von Produkten so verbilligt wird, dass bisher nur in der Vorstellung existierende, aber als nicht realisierbar geltende Produkte plötzlich in den Bereich der Möglichkeit der Produktion gerückt werden. Bei der Herstellung von Autos wurden die Entdeckungen gemacht, die das Flugzeug als realisierbar erscheinen ließen. Ungleiche Einkommensverteilung bedeutet geringere Möglichkeiten der Serienproduktion und behindert damit den technischen Fortschritt. Gleichzeitig nimmt mit wachsender Einkommensungleichheit das Bedürfnis nach Distinktion zu, die für die Masse der Haushalte mit durchschnittlichen Einkommen ein wenig realisierbares Ziel ist. Ungleiche Einkommensverteilung schränkt die Möglichkeiten zu Serienproduktion ein. Weniger Serienproduktion bedeutet zugleich Beschränkung der Möglichkeit, spezialisierte Maschinen einzusetzen und vermindert damit den technischen Fortschritt in der Massenproduktion durch Entwicklung von Spezialmaschinen. Bei wachsenden Einkommen steigt die Sparneigung, so dass die effektive Nachfrage sinkt. Dies gilt insbesondere wenn die Einkommensungleichheit stark auf Renten der reichen Haushalte aus Vermögensbeständen zurückzuführen ist, weil dann hohes Sparen eingesetzt wird, um die Vermögensbestände zu sichern. Wo immer die als Buddenbrooks-Effekt beschreibbare Tendenz, sich aus gefährlichen, weil der Marktkonkurrenz ausgesetzten Geschäften zurückzuziehen, wirksam ist, werden der produktiven Wirtschaft finanzielle Ressourcen entzogen, um in sicheren, Renten generierenden Anlagen „investiert“ zu werden. Ungleichheit der Einkommen verstärkt also Vermögensungleichheit.

Die meisten Haushalte sehen als ihr Vermögen den tatsächlichen Anstieg des Besitzes an dauerhaften Konsumgütern und als wichtigste Anlage eigene Wohnungen/Häuser. Darüber hinaus können alle materiellen Gegenstände als Vermögen betrachtet werden, sofern sie aufgrund ihrer Seltenheit beim Verkauf hohe Preise erzielen. Der Umfang dieser Produkte ist vergleichsweise begrenzt. Bei einer Ver-

schiebung der Einkommensverteilung zu Gunsten der hohen Einkommen, so während der zwanziger Jahre in den USA und der so genannten Finanzialisierung der letzten zwei Jahrzehnte, steigt deshalb als wesentlicher Bestandteil wachsender Vermögen der Besitz an Finanzanlagen (Stockhammer 2014, 33-36). Dass eine Entkopplung zwischen dem Wachstum der Finanzmärkte und dem Wachstum der realen Wirtschaft regelmäßig kapitalistische Krisen auslöst, ist hinreichend diskutiert. Durch ihr Herdenverhalten können Eigentümer von Finanzanlagen über durch ihr eigenes Verhalten ausgelöste Krisen die Kreditvergabe von Banken nachhaltig beschädigen und damit die reale Wirtschaft strangulieren. Die unterkonsumtive Situation, die der Krise vorhergeht, hat im Regelfall nicht die Spekulation auf den Finanzmärkten verursacht. Sie ist eher deren Folge.

Verfügung über Renten aus Vermögenswerten kann die Finanzierungskosten von Unternehmen begrenzen und Unternehmen mit solchen Einkommen erlauben, andere Unternehmen vom Markt zu verdrängen. Der Abfluss von Einkommen aus der realen Wirtschaft in den Erwerb von Renten generierenden Vermögenswerten wirkt wie Sparen der Haushalte und bremst damit Wachstum und Beschäftigung.

Ungleichheit schwächt Arbeit auf dem Arbeitsmarkt. Finanzierung von Investitionsausgaben aus Renten erhöhen nicht die Nettoausgaben für Investitionen, und damit nicht den Profit. Sie betreffen weniger das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern, als das Verhältnis zwischen den Unternehmern und den Besitzern von Renten generierenden Anlagen.

In einer rasch wachsenden Wirtschaft mit hoher Konkurrenz und angemessen steigenden Masseneinkommen ist von einer Umschichtung der Vermögen auf die Unternehmer und gegen die Rentiers auszugehen, bei der eine Polarisierung der Vermögensbestände für die Aufrechterhaltung des Fließgleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit wenig problematisch erscheint.

Die Konzentration von Vermögen spiegelt allerdings eher eine Wachstumsschwäche eines kapitalistischen Systems wider, als dass sie diese erzeugt. Eine vorrangig an Gerechtigkeitsfragen orientierte Kritik der Konzentration von Vermögen läuft Gefahr, die Ursachen von Wachstumsschwächen und damit Entmachtung von Arbeit zu vernachlässigen, und damit die Ursachen der Polarisierung aus dem Blick zu verlieren.

Wenn die Konzentration der Vermögen nur sehr indirekt auf die reale Wirtschaft durchschlagen muss, dann ist in der Polarisierung der Vermögen weniger ein wirtschaftliches als ein politisches Problem zu

sehen. Renten generierende Anlagen oder Finanzanlagen erlauben politische Entscheidungen und Meinungsbildungsprozess in politischen und gesellschaftlichen Organisationen so zu beeinflussen, dass aufgrund der ideologischen Erklärungen von Kapitalismus durch die Reichen falsche Entscheidungen begünstigt werden.

Es ist offensichtlich dass solche Fehlentwicklungen am besten durch „lohngetriebenes“ Wachstum als Gegengewicht gegen Finanzmarkt getriebenes Wachstum vermieden werden (Hein und Vogel 2008, 503f.), so dass die Frage nach den Auswirkungen ungleicher Vermögensverteilung primär eine Frage nach Aufrechterhaltung von Verhandlungsmacht von Arbeit ist.

⇒ 4 Kapitalisten wollen nicht Kapitalismus als System, in dem Arbeit eigene Rechte durchsetzen kann, sondern Geld; ob als Rente oder Profit ist dabei unwesentlich

Es gehört zu den wenig reflektierten Erbstücken politisch engagierter sozialwissenschaftlicher Theorie von rechts und links, aus der Begünstigung einer sozialen Gruppe abzuleiten, dass sie die Voraussetzung für diese Begünstigung erkennt und schafft oder wenigstens schützt und verteidigt. Im Umkehrschluss wird dann argumentiert, dass das Interesse der Unternehmen an möglichst viel verdientem Geld ein klarer Beweis dafür ist, dass das System, das ihnen das Geld zu verdienen erlaubt, nämlich die kapitalistische Marktwirtschaft, nicht zur Grundlage haben könne, dass die Masseneinkommen steigen. Tatsächlich funktioniert Kapitalismus, weil in der Verfolgung ihrer selbstsüchtigen Interessen die beiden Kontrahenten, Unternehmen und Arbeiter unabsichtlich wechselseitig die Verhandlungsmacht ihres Gegners stärken.

Auf dem Arbeitsmarkt gibt es entweder mehr Beschäftigung, tendenziell sogar Vollbeschäftigung, oder Arbeitslosigkeit. Unternehmer, die etwas Neues produzieren und glauben, damit andere Anbieter unterbieten oder neue Käufergruppen erschließen zu können, können bei Vollbeschäftigung neue Arbeiter nur gewinnen, wenn sie bessere Löhne als deren bisherige Arbeitgeber bezahlen. Die Löhne steigen nunmehr entsprechend der gestiegenen Produktivität, weil nur bei steigender Produktivität Unternehmer (hier innovative Unternehmer) solche höheren Löhne bezahlen können. Bei Vollbeschäftigung ist also die neo-klassische Lohntheorie korrekt, die den Lohn aus dem Grenzprodukt von Arbeit ableitet.

Es ist allerdings unerfindlich, weshalb die neoklassische Lohntheorie annimmt, dass im Fall von Arbeitslosigkeit die Unternehmen Löhne

entsprechend der Produktivität von Arbeit bezahlen. Sollte die Grenzproduktivitätsthese des Lohnes auch im Fall der Arbeitslosigkeit stimmen, dann müsste gelten, dass die Unternehmer gezwungen sind, alles Geld für die Beschäftigung von Arbeit auszugeben, weil es, so Jean-Baptiste Say (1772/1803, 140-141), keine andere Möglichkeit der Verwendung von Geld gibt. Genau das hat aber Keynes (1936, 170-174) mit dem Nachweis der Liquiditätspräferenz der Unternehmer widerlegt. Sehr wohl kann Geld gehortet werden oder auf den Finanzmärkten zur Spekulation verwendet werden, und damit der realen Wirtschaft entzogen werden. Die herrschende Theorie erfand deshalb den Begriff der Entlassungsproduktivität (Sinn 2007, 57, Giersch 1983, 13) und argumentierte, die Arbeitslosen würden nicht beschäftigt, weil ihre Produktivität niedriger sei, als der derzeit geltende Lohnsatz. Welchen Erlös Unternehmer allerdings erhalten würden, hängt von den Preisen für die zusätzlichen Produkte und letztlich von höherer Nachfrage ab, die durch mehr Lohneinkommen infolge höherer Beschäftigung steigt. Die beiden Weltkriege haben deutlich gemacht, dass bei ausreichender Nachfrage, hier nämlich für Kriegsanstrengungen, solche angeblich unproduktive Arbeit sehr wohl bei den geltenden Löhnen beschäftigt werden konnte. Der neoklassischen Theorie folgend stagnierten die Löhne in den USA zwischen 1920 und 1930 trotz massiven Produktivitätsanstieg, und stiegen weit rascher als die Produktivität in den Kriegsjahren, ohne dass dadurch eine Inflation ausgelöst worden wäre: Sie holten einfach den ausgebliebenen Produktivitätsanstieg nach (Elsenhans 2012, 155-172). Dies war durch den massiven Anstieg der Beschäftigung von der Seite der Produktion abgedeckt.

Mit der Entlassungsproduktivität lässt sich im Übrigen nicht die Forderung zurückweisen, dass die beschäftigten Arbeitskräfte entsprechend der gewachsenen Produktivität der schon beschäftigten Arbeiter besser bezahlt werden müssen, um eine ausreichende Nachfrage zu schaffen. Dass es Arbeitslose gibt, hat keinen Einfluss auf das Verhältnis zwischen Produktion und einkommensabhängigem Konsum der beschäftigten Arbeiter. Ist dieser Konsum zu niedrig, muss ohne Einkommensanstieg der Arbeitslosen die Produktion zurückgefahren werden. Als Gegenargument wäre nur möglich, dass im Fall einer zu geringen Steigerung der Konsumnachfrage Vollbeschäftigung dadurch gesichert werden kann, dass eine auftretende Konsumlücke durch die Unternehmer geschlossen würde. Sie müssten die Akkumulationsrate steigern, also schneller mehr investieren. Wiederrum gilt die Kritik am Say'schen Gesetz, die oben erwähnt wurde.

Dass kapitalistische Unternehmen aufgrund der für sie geltenden Verhaltensregeln eine Vollbeschäftigung sichernde Nachfrage nicht durch eigene Strategien herbeiführen können, ist gut. Sie würden ihre Interessen als identisch als mit den Interessen der Gesamtgesellschaft ausgeben können. Demokratischer Pluralismus wird möglich dadurch, dass die herrschende Klasse kein Monopol richtiger Interpretationen gesamtgesellschaftlicher Interessen hat.

Wachstum von Produktion und Beschäftigung hängen im Kapitalismus nicht notwendig von umfassenden Konzepten der Unternehmen ab. Wenn kapitalistische Unternehmen ihre Investitionen steigern, weil sie gute Absatzmöglichkeiten sehen, erhöhen sie die Beschäftigung direkt und indirekt und verknappen die Arbeitskräfte. Entsprechend den zusätzlichen Erlösen, die innovative Unternehmen durch Erhöhung der Produktion (mit dem Abwerben von knapper Arbeit bei anderen Unternehmen) noch erzielen, steigern diese Unternehmen die Reallöhne. Das führt zu einer allgemeinen Tendenz, die Reallöhne anzuheben, weil nichtinnovative Unternehmen Arbeitskräfte verlieren und dann die Güterversorgung in den betreffenden Branchen abnimmt, so dass dort die Preise und in der Folge auch die Löhne steigen.

Die Steigerung der Reallöhne folgt hier nicht dem Wachstum der physischen Produktivität in einzelnen Aktivitäten, sondern der Knappheit von Arbeit und dem durchschnittlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität (Salter 1960, 161). Viele Tätigkeiten sind seit 500 Jahren durch fehlenden Anstieg der physischen Produktivität gekennzeichnet (als gutes Beispiel: Friseure, auch im internationalen Vergleich zwischen entwickelnden Ländern und Entwicklungsländern, wo Haarschnitte weniger als 1/20 des Preises bei einem durchschnittlichen Friseur in der Bundesrepublik kosten). Gleichwohl stiegen bei uns die Friseurlöhne, – solange und weil Arbeit knapp wurde. Die Einführung des Mindestlohns trägt nur dem Ausbleiben der dafür notwendigen Steigerung von Beschäftigung dar. Mit dem Argument, Kapitalismus hänge von wachsenden Masseneinkommen ab, wird also überhaupt nicht behauptet, dass Kapitalisten aus altruistischen Motiven die Masseneinkommen anheben.

Weil die Masseneinkommen steigen, erweitern sich die Absatzmärkte. Dies zwingt die Unternehmen, Investitionen zur Verteidigung von Marktanteilen zu tätigen und die Produktion auszuweiten. Weil sie sich administrativ oder politisch nicht über die Aufteilung zusätzlicher Absatzmöglichkeiten einigen können, können sie nicht vermeiden, dass ihre am Einzelprofit orientierten Strategien letztlich zur Steigerung der Verhandlungsmacht von Arbeit führen.

Genauso wenig verfolgen die Arbeiter das Ziel, Kapitalismus zu schützen. Sie wollen eine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Dazu wollen sie Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzungen und Maßnahmen zur Humanisierung von Arbeit. Sie erhöhen damit die Kostenbelastung der Unternehmen, schaffen also dadurch gleichzeitig Absatzmöglichkeiten. Auf erfolgreiche Strategien zur Erhöhung der Arbeitskosten reagieren die Unternehmen mit Strategien zur Rationalisierung und Maßnahmen zur Produktionserweiterung. In der Folge ergeben sich Produktivitätssteigerungen als Folge der Rationalisierung und Nachfragesteigerungen als Folge der Erweiterung der Produktion. Die Nachfragesteigerungen kompensieren allerdings die Einsparungen durch Rationalisierung nur, wenn die Masseneinkommen steigen.<sup>6</sup> Die häufig geäußerte Kritik, kapitalistische Unternehmen würden nur Rationalisierungsinvestitionen vornehmen, übersieht, dass dies nur der Fall ist, wenn Arbeit zu schwach ist, parallel ausreichende Nachfragesteigerungen durchzusetzen.

Keine der beiden hauptsächlichen Klassen in einer kapitalistischen Produktionsweise verfolgt bei der unmittelbaren Wahrnehmung ihrer Interessen die Aufrechterhaltung der Funktionsbedingungen für Kapitalismus. Sofern aber zwischen den beiden Lagern ein Fließgleichgewicht besteht, bewahren sie unabhängig von ihren ideologischen Wahrnehmungen die Funktionsbedingungen des Systems. Brechen diese Funktionsbedingungen weg, versuchen beide mit politischen Mitteln die in ihrer Wahrnehmung notwendigen Voraussetzungen der eigenen Bereicherung zu gewährleisten. Im Lager von Arbeit nimmt im 19. Jahrhundert und in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre das Gewicht der radikalen, im Regelfall als Parteien agierenden Organisationselemente zu, während das Lager von Kapital demokratische Partizipation durch nationalistische Koalitionen, ja sogar Diktaturen einschränkt. Arbeit sieht im Kapitalismus das Hauptproblem, Kapital in der wirtschaftlichen und politischen Macht von Arbeit.

Soweit über die Wiederholung von Krisen im Kapitalismus beide Lager die Gefährlichkeit von Polarisierung erkennen, akzeptieren sie wenigstens seit den Erfahrungen der 1930er Krise ideologisch oder wirtschaftstheoretisch kaum untermauerte Verhaltensmuster der Klassenkollaboration, die pragmatisch ausgestaltet werden. Beide Lager sind dazu in der Lage, weil die Funktionsbedingungen von Kapitalismus nicht mit irgendwelchen kulturellen oder wissenschaftlichen Einstellungsmuster bzw. Erklärungen zusammenhängen, sondern

(6) Zur Entwicklung der durchschnittlichen Kapitalkoeffizienten Stürmer 1968, Bonhoeffer 1967, 25.

zumindest bislang im Wesentlichen durch pragmatische Verhaltensweisen geschaffen wurden.

Die Probleme der derzeitigen Polarisierung sind darauf zurückzuführen, dass diese Form nicht intendierter Koordination nicht mehr funktioniert. Eine wesentliche Ursache ist die Globalisierung, also die Eingliederung billiger Arbeitskräfte in den Weltarbeitsmarkt. Die Arbeiter in den westlichen Industrieländern werden angehalten, ihre „Ansprüche“ zu reduzieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies bremst das Wachstum im Westen, verbessert aber nicht die Wettbewerbsfähigkeit von Arbeit gegenüber dem Süden. Diese ist vielmehr Folge der Fähigkeit wichtiger Wirtschaften im Süden, unter Kaufkraftparität abzuwerten (Elsenhans 2002, 66-76, ders., 2004). Solche Abwertungen setzen voraus, dass die Versorgung zusätzlicher Arbeitskräfte aus lokaler Produktion erfolgt, also das Problem einer ausreichenden Lohngüterproduktion auch bei wachsender Beschäftigung (und steigenden Realeinkommen) gelöst ist (v.a. durch die Grüne Revolution). Gleichzeitig werden die Spezialisierungen im Westen komplexer, so dass sowohl auf den Arbeitsmärkten als auf den Produktmärkten durch Differenzierung der Angebote die Konkurrenz über den Preis durch Konkurrenz über (vermutete) Qualität, Manipulation der Sicht der Produkte (Werbung) und (zufällige) Beziehungen auf unternehmensinternen Arbeitsmärkten tendenziell ersetzt wird, also Marktunvollkommenheiten zunehmen.

Sobald die spontanen Verhaltensmuster der beiden Hauptklassen eines kapitalistischen Systems das Fließgleichgewicht zwischen beiden Klassen nicht mehr garantieren, wird die Auseinandersetzung um Deutungshoheit politisch wichtiger. Die Einflussnahme hängt nunmehr stärker davon ab, wie weit für die eigene Position im gegnerischen Lager Verständnis oder wenigstens Akzeptanz durch Verunsicherung der Gegenposition geschaffen werden kann. Bei diesen Auseinandersetzungen befindet sich das Lager der Arbeit in einer strukturell schwächeren Position als das Lager von Kapital. Historisch sind die Parteien des Lagers der Arbeit dabei gescheitert, diesen strukturellen Nachteil durch Aufklärung zu kompensieren.

⇒ 5 Wachstum, Komplexität der Qualifizierungen und Heterogenisierung der Arbeitsbevölkerung

Wenn Arbeit ihre Rolle als Gegengewicht nicht aufgrund der Partizipation an Vermögenswerten sondern aufgrund ihrer Stellung als (knapper) Produktionsfaktor im Produktionsprozess spielt. dann wird eine ungleiche Vermögensverteilung umso problematischer, als der politi-

sche Zusammenhalt von Arbeit schwächer wird. Die zweite Entwicklung, die zur Schwächung von Arbeit führt, ist die wachsende Heterogenität der Arbeitsbevölkerung.

Demokratien mit kapitalistischen Wirtschaften sind durch den Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital geprägt: Welche Ziele sind vorrangig anzustreben, welche Methoden versprechen die besten Ergebnisse bei der Steuerung der Wirtschaft? Die Unternehmerseite sieht in der Stärkung des Profits durch Entlastung der Unternehmen von (Arbeits-)Kosten die beste Chance, hohes Wachstum mit hoher Beschäftigung zu verbinden. Arbeit sieht – weniger geschlossen – in der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse die beste Garantie für die eigene Beschäftigung. Hohe Massenkaukraft als Sicherung von Beschäftigung ist allerdings bis in den Kreis der Arbeiterbewegung umstritten. Im Kampf um höhere Löhne fehlt dem Lager von Arbeit eine vergleichbar geschlossene Theorie der Sicherung von Profit, wie sie die neoklassische Theorie für das Unternehmerlager bietet. Deshalb ist, jenseits aller theoretischen Rechtfertigungen, für Arbeit das Vertrauen in die gesellschaftliche Praxis von noch größerer Bedeutung als für die Unternehmerseite, die im allgemeinen nicht durch wissenschaftliche Theorien motiviert ist, gleichwohl aber von solchen Theorien besser bedient wird, als die Seite von Arbeit.

Kapitalistische Wirtschaften haben oft große Betriebe. Größe ist, je nach technischen Anforderungen, Bedingung für Kosten sparende Serienproduktion. Dies begünstigen Konzentration und Reduzierung des Wettbewerbs auf wenige Teilnehmer, auch wenn der Konzentrationsprozess nicht so eindeutig verläuft, wie dies die marxistische Kritik behauptet hat (Kamerschen 1971, Hannah 1998, 509ff.). Mit dem Konzentrationsprozess entstehen Unternehmen mit Marktmacht, die sie mit Hilfe oligopolistisch kontrollierter technischer Vorsprünge gegen neue Anbieter verteidigen können. Kostensenkungen als Folge von großen Serien der Produktion verschaffen etablierten Unternehmen hohen Marktanteile und damit Kostenersparnisse, die neue Anbieter erst nach langen Anlaufzeiten erzielen können (Krugman 1979, 479).

Im konzentrierten Bereich sind die Beschäftigten im Regelfall besser geschützt als im klein- und mittelbetrieblichem Bereich, vor allem wenn die technischen Anforderungen in den kleinen und mittleren Betrieben gering sind. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind hier häufiger. Kernarbeiter in Großbetrieben und Fachkräfte in rasch wachsenden Hochtechnologiebranchen verfügen über mehr Verhandlungsmacht. Das Einkommensgefüge differenziert sich. Wachsende Differenzen innerhalb der Arbeitsbevölkerung schaffen Unzufriedenheit.

Beschäftigte, die in Bereichen tätig sind, in denen ein Stopp der Produktion mit hohen Verlusten in anderen Bereichen verknüpft ist, reagieren auf wachsende Ungleichheit mit der Verfolgung eigener partikularer Interessen. Die kurzfristige Knappheit, die ihrer Vetomacht zu Grunde liegt, muss nicht auf besonders hohen Qualifikationen beruhen. Sie kann institutioneller Natur sein. Lokomotivführer sind technisch nicht sehr viel qualifizierter als Busfahrer oder LKW-Fahrer, doch ist ihr Ausbildungsgang wenig mit ähnlichen Ausbildungsgängen verknüpft, so dass kurzfristig ihre Zahl nur schwer zu steigern ist. Wenn immer spezifischere Qualifikationen im Arbeitsprozess verlangt werden, das Humankapital also immer spezifischer wird, verfügen Arbeitskräfte je nach ihrer Einbettung in der Produktionskette über unterschiedliche Möglichkeiten, durch Verweigerung Kosten für das Gesamtsystem zu verursachen.

Dadurch wird ein wesentlicher Mechanismus von Kapitalismus geschwächt. Soziale Klassen, deren Mitglieder die eigenen Lebensbedingungen als ähnlich und durch Solidarität veränderbar erfahren, entstehen erst im Kapitalismus, weil erst im Kapitalismus die Unterschichten unbeschadet ihrer nach Tätigkeiten unterschiedlichen Produktivitätssteigerungen wegen der Anpassung der relativen Preise gleiche Arbeitseinkommen durchsetzen. Friseure haben Lohnsteigerungen, obwohl ihre Produktivität seit 500 Jahren nicht gestiegen ist, und weltweit unabhängig von der durchschnittlichen Produktivität in den meisten Entwicklungsländern und den meisten entwickelten Industrieländern ungefähr gleich ist. Der Markt löst ein schon bei ursprünglichen Gemeinschaften auftretendes Koordinationsproblem: Jede arbeitsteilige Gesellschaft muss entscheiden, wie viel eine einzelne konkrete Arbeit mit ihren spezifischen Belastungen im Verhältnis zur gleichen Zeit einer anderen Arbeit wert sein soll. Diese Reduktion konkreter Arbeit auf abstrakte Arbeit erfolgt über die Berufswahl, also über den Markt, und über Wanderungen zwischen verschiedenen Beschäftigungen. Weil Arbeitskräfte ungern im Bergbau arbeiten, solange hier nicht wesentlich besser bezahlt wird als beim Haarschneiden, werden Bergleute in wachsenden Bergwerksbranchen besser bezahlt als Friseure. Dies führt zu Differenzen, die von den Marktteilnehmern als weit gehend gerecht wahrgenommen werden, weil Unzufriedene den Versuch unternehmen können, in die besser bezahlte Tätigkeit zu wechseln. Sobald nicht mehr nur die Arbeitsbelastung (physisch oder psychisch) als Ursache der Fähigkeit der besser Bezahlten wahrgenommen wird, auch eine höhere Entlohnung durchzusetzen, werden die Lohn-Lohn-Beziehungen tendenziell als ungerecht wahrgenommen. So hat der Gegensatz zwischen Ange-

stellten und Arbeitern zu sehr unterschiedlichen Konfigurationen zwischen diesen beiden Elementen der Arbeit Bevölkerung geführt (Geiger 1932, 32, Suh 2002, 117). In Frankreich haben beide relativ einvernehmlich bei den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zusammen gestanden, in Deutschland verfielen die Angestellten aus Angst vor Abstieg auf das Niveau der Arbeiter den nationalistischen Parolen der politischen Führer des Lagers der Unternehmerseite.

Nicht Qualifikation und Belastung, sondern Vetomacht und Karriere-schranken bestimmen am oberen Ende der Einkommenspyramide weitgehend die Möglichkeit, sehr hohe Einkommen auch aus abhängiger Beschäftigung zu erzielen. In einer immer stärker differenzier-ten, mit immer spezifischeren Qualifikationen betriebenen kapitalisti-schen Wirtschaft entwickelt sich ein Beschäftigungssektor mehr oder weniger hoch qualifizierten Personals, das über Insiderwissen verfügt und aufgrund dieses Insiderwissens neue Anbieter von solchen gut bezahlten Tätigkeiten ausschließen kann. Dazu gehören Banker, mittlere und leitende Angestellte, aber auch jener Teil der technischen Intelligenz, der die eigene erworbene formale Ausbildung mit be-triebsspezifischen Erfahrungen bei der Lösung technischer Probleme kombinieren kann. Trotz der hohen formalen Qualifikation der techni-schen Intelligenz und der Facharbeiter in der DDR haben diese kurz-fristig nicht die gleiche Produktivität in den von westlichen Industrieun-ternehmen neu errichteten Betrieben in Ostdeutschland erreicht, wie Arbeitskräfte vergleichbarer formaler Qualifikation aus dem Westen (Kühn 1999, 34). Wenn die für Produktivität entscheidende Zu-satzqualifikation erst durch praktische Tätigkeit an einem spezifi-schen, für andere nicht besetzbaren Arbeitsplatz entsteht, erhalten die hier Beschäftigten die Möglichkeit, ihre Einkommen über die Ein-kommen der nicht am Arbeitsplatz trainierten, formal aber gleich quali-fizierten Arbeitskräfte zu erhöhen. Je mehr das Insiderwissen aus einer Häufung von persönlichen Beziehungen und Kontakten besteht, desto weniger können formal gleich Qualifizierte mithalten, wenn ihnen Chancen auf solche Kontakte durch Zufälligkeiten oder Klien-telstrukturen verwehrt wurden.

Echter Wettbewerb könnte nur entstehen, wenn systematisch die Chancen für den Erwerb solchen Insiderwissens durch Rotation auf solchen qualifizierenden Arbeitsplätzen vergrößert würden. Dies wür-de einen permanenten Überschuss von Arbeitskräften mit dieser Zu-satzqualifikation produzieren. Offensichtlich würde der Wert solcher Beziehungen dann im Regelfall auch sinken, so dass die hohen Kos-ten dieser Form des Rent-seeking entfielen. Jeder Teilnehmer an den Netzwerken hätte mittelfristig mit Konkurrenz ähnlich in Netzwerkpfle-

ge trainierter Arbeitskräfte zu rechnen. Der rapide Verfall der Festgehälter der „Investmentbanker“ in der Finanzkrise von 2008 zeigt, dass sie nur im Zusammenhang mit der Funktionsfähigkeit von Netzwerken hohe Einkommen erzielen, die andere nicht aus Effizienzgründen, sondern als von solchen Netzwerken ausgeschlossene Fremde nicht erreichten. Der Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft nach 1945 und der Währungsreform von 1948 war durch einen erheblichen Austausch mittlerer und höherer Führungskräfte verbunden, teilweise wegen deren politischen Kompromittierung, vor allem aber wegen der personellen Ausdünnung durch die Kriegsverluste. Mir sind keine Studien bekannt, die gezeigt hätten, dass die deutsche Wirtschaft im Verhältnis zu ihren Konkurrenten innerhalb des westlichen Lagers Wettbewerbsnachteile gehabt hätte, weil die Freunde der Krupps und der Thyssens und anderer großer Familien nicht mehr an gar so vielen Schaltstellen der Wirtschaft saßen wie zuvor. Eine Bekämpfung dieser letztlich als Renten angeeigneten hohen Einkommen durch eine konsequente Politik der Rotation auf Jobs mit deutlich überdurchschnittlichen Einkommen hätte neben dem Vorteil der Begrenzung der Einkommensexplosion der Reichen den Vorteil, mehr innovative Kraft zu mobilisieren, die Gesundheit des Managerpersonals zu verbessern, und nachhaltig die Autoritätsstrukturen in den Betrieben zu verändern, sofern die Rotation mit zeitweiligen Praxisaufenthalten des rotierenden Personals in der Produktion verbunden wäre (Eisenhans 1980, 1987).

#### ⇒ 6 Arbeitslosigkeit und Veränderung der Bedürfnisstruktur

Die Verhandlungsmacht von Arbeit hängt primär von der konjunkturell unsicheren Höhe der Beschäftigung ab. Die mit einer gleicheren Verteilung der Vermögen angestrebten gesellschaftlichen und politischen Ziele können nur über die Stellung von Arbeit auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden. Beschäftigung ist nicht nur außenwirtschaftlich bedroht durch abwertungsgetriebene exportorientierte Industrieproduktion neu wettbewerbsfähiger Wirtschaften mit niedrigen Arbeitskosten, sondern auch durch innere Prozesse des immer produktiver werdenden Kapitalismus. Dabei geht es weniger um den Umstand, dass immer weniger Menschen benötigt werden, um ein bestimmtes Produktionsvolumen zu erstellen. Mit steigenden Masseneinkommen und kürzeren Arbeitszeiten ließe sich dieses Problem bewältigen.

Die Sparleistungen der Haushalte sind in den letzten 50 Jahren drastisch angestiegen und pendeln sich heute bei 9-10% ein.<sup>7</sup> Die einzelnen Sparer mögen glauben, dass sie sich mit Sparen Sicherheit in der Zukunft kaufen können. Sollten alle sparen wollen, kann dieses Ziel nicht gelingen. Sparen ist nur Nachfrageausfall. Sparen führt zu Forderungsrechten, die nur dann auch eingeklagt werden können, wenn andre sich verschulden. Wenn auf die glaubhafte Ankündigung des absehbaren Weltuntergangs die Lottogesellschaft durch Auflösung aller Rücklagen und aller öffentlichen Geldanlagen allen Haushalten der Gesellschaft Lottogewinne von je 100.000 € überweisen würde, könnte doch keiner seinen Gewinn genießen, weil niemand bereit wäre Arbeitsleistungen zu erbringen. Mackenroth (1952, 42) hat aufgezeigt, dass alle Forderungsrechte aus angesparten oder anders geschaffenen Forderungen an die Sozialsystemen aus der Produktion bedient werden müssen, die zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit erbracht wird. Er belegt auf eindrucksvolle Weise die grundlegende Annahme der Arbeitswerttheorie, dass Wert das Ergebnis von Arbeit ist (auch wenn die Arbeitswerttheorie als Preistheorie falsch ist).

Investitionen werden nicht durch Ersparnisse finanziert, sondern durch Geldschöpfung. Geldschöpfung kann zur Überhitzung der Wirtschaft führen. Sparen, als Konsumverzicht, erweitert den Spielraum für Geldschöpfung. Der Investor (und nicht der sich als Investor bezeichnende Spekulant) schafft Kapitalgüter, unabhängig davon ob er durch Sparen und Konsumverzicht geleistet oder ob das Banksystem Geld geschaffen hat, selbst wenn zu viel Geld geschöpft wurde (Zwangssparen, Keynes 1930, 140-172).

Wenn die Haushalte aus einer einzelwirtschaftlichen Überlegung heraus die Zukunft vor allem durch Sparen sichern wollen, dann sinkt in der von Kalecki formulierten Gleichung die Gesamtausgabe für Konsumgüter im Verhältnis zu den Produktionskosten in der Konsumgüterproduktion. Wegen der Abhängigkeit des Profits über Investitionsausgaben von der Massennachfrage mindert wachsendes Sparen der Haushalte den Profit der Unternehmen. Wenn die von den Unternehmen an die Haushalte ausgezahlten Einkommen nicht für Käufe derzeit produzierter Güter verwendet wird, sondern teilweise gespart werden, vermindert sich die Gesamtnachfrage und damit als „Rest“ der Profit, den die Unternehmen am Markt Erlösen (Elsenhans 1999, 115f.). Nicht nur die Unternehmer können bei Unsicherheit Liquiditätspräferenz vorziehen, sondern auch die Haushalte.

(7) Sehr hohe Sparquoten wurden dokumentiert und diskutiert in Harvey, R., 2004; Masubuchi 2006; Bardt & Grömling 2003; Deutschmann 1996, 336.

Wie bei einem Rückgang der Investitionsausgaben sinkt durch massenhaftes Sparen der Profit weil dem Wachstum der Nachfrage durch Beschäftigung in der Investitionsgüterproduktion ein Nachfrageausfall durch Sparen=Nichtausgeben von Einkommen gegenübersteht. Die Unternehmen müssten, um Vollbeschäftigung zu sichern, vermehrt kreditfinanzierte Investitionen tätigen und sich dabei bei den Haushalten verschulden. Sie würden durch neue Schulden die durch das Sparen der Haushalte entstandene Nachfragerücke schließen. Tatsächlich verschulden sich die Unternehmen in Deutschland aber immer weniger. Einerseits sind die Investitionen in einer Zeit der „Dematerialisierung“ der Produktion nicht teuer. Die Beobachtung, dass der Vormarsch der Mikroelektronik anders als die Einführung von Eisenbahn oder Automobil nicht zu einem großen Nachfrageschub führte, wäre hier zu nennen. Wegen steigender Kapitalproduktivität<sup>8</sup> steigen die Produktionskapazitäten nicht dadurch, dass mehr und teurere Kapitalgüter einzusetzen wären und damit die Kosten von mehr Kapitalgütern zu finanzieren wären. Produktivitätssteigerungen werden über bessere Maschinen (also steigende Kapitalproduktivität) erreicht, die aber nicht wesentlich teurer sind als die Maschinen die ausgemustert und ersetzt werden. Es findet daher kein Akkumulationsprozess (Aufhäufung von mehr in den Maschinen vergegenständlichter Arbeit = Arbeitswert), sondern die Ersetzung von altem Kapital durch neue Maschinen gleichen Arbeitswerts statt. Neue Investitionen werden vornehmlich aus den Abschreibungen finanziert.<sup>9</sup>

Renten aus Vermögen wirken wie Sparen und vermindern den Profit. Wachsende Ungleichheit der Vermögensverteilung erdrückt dann den Profit. Die Ungleichheit der Verteilung stärkt auf diese Weise Rente gegen Profit.

Stagflation, nämlich geringes Wachstum mit früh beginnender Inflation ist Folge unzureichender Nachfrage, die dann primär durch Geldschöpfung bekämpft wird, auf die die Unternehmen aber nicht reagieren, solange sie nicht von einer raschen Entschuldung durch Preissteigerungen ausgehen können (Elsenhans 1999, 119-124).

Die neuen Bedürfnisse nach Sicherheit, die sich nicht unmittelbar in vermehrtem Warenkonsum niederschlagen, lassen sich nicht durch

(8) Auf Basis von 2010=100, liegen die Werte von 2003 bis 2014 zwischen 97,1 und 101,2, mit durch Unterauslastung bedingten kleinen Ausreißern 2007 und 2008. Die Werte zeigen keinen Trend, Statistisches Jahrbuch 2015, 327.

(9) Im ersten Jahrzehnt (2001-2008) betrug der Anteil der Abschreibungen an den Bruttoanlageinvestitionen noch 78,3% (Elsenhans 2015, 156), in den Jahren 2012-2014 nur noch 89 %. Abschreibungen/ Bruttoanlageinvestitionen (in Mrd. Euro) 2012: 491/551, 2013, 502/556, 2014, 513/581 (Statistisches Jahrbuch 2015: 322-325).

Sparen befriedigen. Sie ließen sich befriedigen durch Umlagesysteme, wobei die demografische Frage aber bedeutsam bleibt. Wenn wir den Kapitalismus erhalten wollen, dann dürfen wir ihn nicht belasten durch Aufgaben, die er nicht leisten kann. Er kann nicht für alle Zukunftssicherung durch Sparen leisten, weil es, bei ausreichender Versorgung der unteren Einkommensschichten, nicht ausreichend Haushalte gibt, die bereit sind sich zu verschulden. Die derzeitige Debatte über die Altersversorgung ist ein schönes Beispiel: Auch Käufe aus der kapitalbasierten Rente werden aus Gütern befriedigt, die erst von den zukünftigen (voraussichtlich demografisch schwachen) Generationen erstellt werden müssen.

Wachsende Heterogenität der Arbeitsbevölkerung und wachsende Anteile neuer Bedürfnisse der Haushalte sind Mechanismen, die zur Schwächung von Arbeit in der Auseinandersetzung mit der Unternehmerseite beitragen. Sie trugen wesentlich durch niedrige Beschäftigung zu den Polarisierungstendenzen bei. Nicht diese Polarisierungstendenzen sind überraschend: Kapitalistische Unternehmer müssen immer nach mehr Geld streben, ob sie nun Rente oder Profite bekommen. Nicht das moralische Verhalten der Kapitalisten ist zu kritisieren. Von kapitalistischen Unternehmern bei der Wahl der Unternehmensziele Moral zu verlangen, würde bedeuten, sie zu Hütern von Normen des richtigen Verhaltens zu machen.

Arbeit setzt durch ihre Praxis der Steuerung der Masseneinkommen die Begrenzung der möglichen Renten der Großen durch. Fällt das Gegengewicht von Arbeit weg, dann werden Polarisierungstendenzen und Bereicherungsversuche auf der Unternehmerseite zunehmen. Ein moralisierender Diskurs gegen die Unternehmerseite bleibt wirkungslos: die Benachteiligten im Kapitalismus wollten und wollen mehrheitlich nie eine soziale Revolution mit Abschaffung von Märkten, sondern streben funktionierende Märkte an, also Märkte, die durch das Gegengewicht von Arbeit können, im Fließgleichgewicht gehalten werden.

⇒ 7 Politik und Kultur als Arenen der Auseinandersetzung über Wandel unter Bewahrung von Errungenschaften von Kapitalismus

Wenn sich die Schere zwischen Konsumtion und Einkommen öffnet und das theoretisch verfügbare Mehrprodukt überproportional zum Volkseinkommen zunimmt, ohne dass der Bedarf an Finanzierung dauerhaft zunimmt, droht Arbeitslosigkeit. Vor dieser Gefahr können die beiden Hauptlager einer kapitalistischen Wirtschaft sich nur schützen, indem sie die Regeln marktbestimmter Einkommen außer Kraft

setzen. Arbeit ist in dieser Hinsicht aber eher schwach, weil die Verhandlungsmacht von Arbeit rasch sinkt, wenn Arbeitslosigkeit auftritt. Zudem führt das Hauptinstrument von Arbeit zur Sicherung von Beschäftigung, nämlich Steigerung der Nachfrage durch Lohnsteigerungen, bei unterausgelasteten Kapazitäten nicht rasch zu Nettoinvestitionen und damit zur Belebung von Profit (Elsenhans 2010a, 235f.).

Für die Unternehmer tritt dann der Gesichtspunkt, dass höhere Löhne Kosten darstellen, in den Vordergrund. Entsprechend werden sie diese Strategie von Arbeit bekämpfen. Unternehmen können die Marktkonkurrenz einschränken, und werden dies umso erfolgreicher tun, als sie die Produkte differenzieren können und mit imaginieren Fähigkeiten versehen. Die Werbung ist hier seit 150 Jahren ein wichtiges Instrument (Packard 1960, Scott, Walker 2011).

Ist einmal eine Krise mit massiver Arbeitslosigkeit aufgetreten, vermindert sich der Aktionsspielraum von Arbeit, ohne dass der Aktionspielraum von Unternehmen gleichermaßen abnehmen würde. Unternehmen können Strukturen schaffen, bei denen sie Mehrprodukt bei eingeschränkter Konkurrenz aneignen können. Der Übergang der Unternehmen zu abgesicherten Positionen, bei denen sie zusätzlich zu Profiten Renten aneignen können, führt zu Polarisierung der Einkommensstruktur, weil die Unternehmen diesen Prozess durch Konzessionen an grundsätzlich abhängige, aber mit mächtigen Aufgaben versehene Ober- und Mittelschichten absichern. Die Entwicklung des Managements wäre hier als Beispiel zu nennen. Der Übergang zu einer hoch differenzierten durch geringe Mobilität gekennzeichneten Gesellschaft vom Muster der alten chinesischen tributären Produktionsweise, sicher auf hohem technologischem Stand, und durchaus noch mit technischer Innovationskraft, zeichnet sich als Gespenst des „Endes der Geschichte“ ab. Demokratie wird dann mediatisiert über die Durchsetzung politischer Apparate und politischer Normensysteme der politischen Korrektheit. Aufsteigern oder Quereinsteigern, zum Beispiel neuen Parteien, wird eine echte Mitwirkung erst möglich, wenn sie die hier gesetzten Spielregeln akzeptieren. Seit 1945 hat es in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern eine Reihe von Parteineugründungen und Spaltungen gegeben, ohne dass eine einzige an Koalitionsregierungen hätte teilnehmen können, die nachhaltig den Anstieg der Unternehmenseinkommen hätte infrage stellen können, also die wachsende Bedeutung von Renten hätte einschränken können.

Wer Kapitalismus gegen Rente wieder beleben will, muss diesen Prozess umkehren und dem Kapitalismus auf die Bereiche einschränken, bei denen er überlegen ist, nämlich bei der dezentralen Warenproduk-

tion für jetzige externe und interne Märkte mit möglichst effizienter Technologie. Für die Bereitstellung zukünftiger Güter und auch kollektiver Güter ist er weniger oder nur partiell geeignet. Zwar machen Gralshüter der reinen neoklassischen Lehre Verrenkungen, um zu zeigen, dass auch in ihren Modellen kaufkräftige Masseneinkommen wichtig sind: Bei verbesserter Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln würden diese produktiver. Es gibt aber keine Studien, die belegen, dass dies einen erkennbaren Effekt auf die Bereitschaft der Unternehmen gehabt hätte, jenseits von Vergünstigungen für klientelistisch eingebundene, besonders wichtige Arbeitnehmergruppen, dauerhaft die Einkommen der eigenen Arbeiter entsprechend der Produktivitätsentwicklung zu erhöhen, wenn dies nicht von den Organisationen der Arbeiter selbst durchgesetzt wurde.

Dass Profit durch Nachfrage entsteht, die sich zu einem erheblichen Teil aus Arbeitseinkommen speist, die in der Investitionsgüterproduktion bezahlt wurden, gleichzeitig aber auch Investitionen anregt, kommt in der Betrachtung von Investitionszyklen auch in der neoklassischen Theorie vor. Dass damit steigende Masseneinkommen zu Voraussetzungen für nur Nettoinvestitionen und damit Profite werden, findet sich selbst in der „linken“ Diskussion nicht einmal in Ansätzen. Gegen den Vorwurf der neoliberalen Wirtschaftstheorie, dass steigende Löhne eben auch Kosten sind, lassen sich keine breit wahrgenommenen Darlegungen finden, in denen in Abgrenzung von einer solchen Kaufkrafttheorie des Lohns aufgezeigt wird, dass es bei der keynesianischen Position nicht primär um hohe, sondern um steigende Masseneinkommen geht. Nicht hohe sondern steigende Masseneinkommen erweitern den Markt, so dass Investitionen zur Befriedigung einer zusätzlichen Nachfrage getätigt werden.

Die „linke“ Kritik beschränkt sich auf soziologische Argumente wie der Unterstreichung des wechselseitigen Respekts zwischen Unternehmen und Gewerkschaften im neokorporativistischen Pakt, den heute allerdings die Unternehmer verletzen. Mein Argument unterscheidet sich grundlegend vom Argument von Streeck (2013, 50, 219). Ob die Unternehmer aus Einsicht oder gezwungen in einen neokorporatistischen Kompromiss eingewilligt haben oder nicht ist deshalb irrelevant, weil damit ein Gegensatz zwischen Profit und Lohneinkommen behauptet wird. Sofern die Unternehmer den Wettbewerb nicht nachhaltig einschränken können, werden sie mögliche Überschüsse gar nicht aneignen können, weil die Nachfrage fehlt. Es geht also nicht um einen soziologisch zu beschreibenden ausgehandelten Kompromiss, der auch wieder zurückgenommen werden kann, sondern um eine Funktionsbedingung von Kapitalismus. Im Streeck'schen Modell

bleiben die Unternehmer kapitalistisch auch nach Aufkündigung des korporatistischen Kompromisses. In meinem Modell befinden sie sich auf dem Weg in eine politisierte Rentiersgesellschaft, wenn sie die Widerstandspotentiale von Arbeit gebrochen haben. Mein Argument braucht damit auch nicht die moralische entrüstete Auflistung der Missstände, die dem Profitstreben der Unternehmen im sozialen Bereich vorgeworfen werden.

Die Alternative ist damit auch nicht die Rückkehr zu einem wie immer neo-korporatistischen Kompromiss, sondern die Beschränkung von Kapitalismus auf die Güterproduktion, eine nur begrenzte Expansion der Finanzmärkte, die Zurückdrängung von kapitalistischen Lösungen in der Zukunftssicherung und die Durchsetzung von hoher Beschäftigung. Die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen, die den kapitalistischen Arbeitsmarkt wieder funktionsfähig machen, muss nicht unbedingt aus dem Staatshaushalt kommen. Sie könnte als konjunkturell variable Vermögenssteuer erhoben werden.

Die Unternehmenseite findet regelmäßig beträchtliche Unterstützung auf der Arbeitnehmerseite, wenn sie für Wachstum und Investitionen hohe Unternehmergewinne fordert. Derzeit verfügen nur die Unternehmer über theoretische Konzepte, die die dauerhafte Vereinbarkeit ihrer partikulären, eigensüchtigen Forderungen mit der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Systems darlegen. Selbst anerkannte, sich als links definierende Wirtschaftswissenschaftler (Stiglitz 2012) kritisieren in ihren Augen nicht wünschenswerte Folgen des Profitstrebens auf sozialem Gebiet, nicht aber die Folgen der wachsenden Polarisierung der Einkommen für die Funktionsfähigkeit kapitalistischer Wirtschaften, die von der realen Nachfrage und nicht der Spartätigkeit aus hohen Einkommen der obersten Einkommenschichten abhängt. Das Lager von Arbeit ist deshalb in der ideologischen Auseinandersetzung unterlegen: Seine Forderungen werden nicht als Motor des Systems, sondern als vom System geschaffene Annehmlichkeit wahrgenommen, auf die Arbeit einen moralischen Anspruch hat, solange „es geht“. Das Argument lautet: Erst muss produziert werden, was verteilt werden kann. Richtiger müsste es heißen: Erst muss die Nachfrage sich manifestieren und als wahrscheinlich wahrgenommen werden, für die produziert werden soll.

Eine Veränderung auf dem eigentlichen Feld der Auseinandersetzung, nämlich der Frage nach den Bedingungen für eine Wettbewerbswirtschaft mit Freiheit des Konsums und Effizienz der Investitionen, also Kapitalismus, ist deshalb derzeit nicht abzusehen. Der wissenschaftliche Mainstream hat alle Instanzen der Meinungsbildung kolonisiert. In den wissenschaftlichen Auseinandersetzungen der gro-

ßen Fachverbände der Wirtschaftswissenschaft geht es nur noch um untergeordnete Probleme (Leijonhufvud 1998, 215). Selbst in der(post-)keynesianischen Theorie konzentriert man sich auf die Frage, inwieweit geldpolitische Instrumente und Strategien zur Steigerung der Nachfrage führen, – und ignoriert dabei die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse.<sup>10</sup>

Im politischen Bereich haben die postkommunistischen Parteien nicht wirklich ihr fundamentales Misstrauen gegen den Markt abgelegt. Sie bedienen sich keynesianischer Rezepte wie der Forderung nach Investitionsprogrammen oder Einkommenssteigerungen vorwiegend in opportunistischer Weise. Nirgends verbinden sie mit ihren sozialpolitischen Forderungen die Vorstellung, dass diese geeignet sind, ein kapitalistisches System unter demokratische Kontrolle zu bringen.

Nach einem Jahrhundert reformistischer Praxis hat die Sozialdemokratie in Westeuropa nirgends eine ihrer Praxis angemessene Theorie der politischen Ökonomie entwickelt. Für die jungen Karrierepolitiker der 68er Revolution war Marxismus ein Vehikel für den politischen Aufstieg. Er wurde abgelegt, als sich ihr Typ sozialistischer Revolution als politisch undurchführbar erwies. Weil Marx und die Neoklassik dem Keynesianismus ähnlich fern sind, wurde der Kern der Theorie der Kapitaleseite akzeptiert, nämlich das Gewinne im Regelfall ausgegeben werden und so zu Wachstum führen, also das Say'sche Theorem gelte (dazu Turowski 2010, 63ff.).

Die heutige Sozialdemokratie ist in unterschiedlichem Maß aber tendenziell gemeinsam überall in Westeuropa dem neoklassischen Ansatz nahe und sieht ihre zentrale Aufgabe in der Abmilderung sozialer Folgen ungehemmten „Profitstrebens“. Solange sie nicht zeigt, dass eine Entmachtung von Arbeit und der überproportionale Anstieg der Einkommen der Reichen das ökonomische System, und nicht nur das soziale Gleichgewicht, gefährden, bleibt sie im Schlepptau der theoretischen Positionen, die den Privilegierten, den „Herrschenden“ zuarbeiten. Forderungen, die von diesem theoretischen Standpunkt vorgebracht werden, sieht der politische Gegner nicht als Verteidigung von Kapitalismus, sondern als Forderung nach Teilhabe an den Ergebnissen von Kapitalismus. Eine solche Beschränkung der Forderungen gefährdet zumindest potenziell die Funktionsfähigkeit von Kapitalismus. Das entspricht auch der Auseinandersetzung um marxistische Positionen aus den 68-er Jahren, als Jungsozialisten die Belastbarkeit der Wirtschaft austesten wollten, also von einem Gegensatz

(10) Ich empfehle dazu die Inhaltsverzeichnisse zentraler Zeitschriften wie des Journal of Post Keynesian Economics oder Review of Keynesian Economics zu konsultieren.

zwischen steigenden Masseneinkommen und Profit ausgingen. Solche der vorkeynesianischen Wirtschaftswissenschaft verhaftete Positionen erscheinen als Forderungen an Kapitalismus, die aber Kapitalismus nicht bewahren wollen. Sie verstehen sich als Forderungen an den Kapitalismus, das diesen gefährden kann. Solche Kritiker sind aber nicht bereit, ihre Forderungen als Beitrag zur Bewahrung von Kapitalismus zu verstehen. Sie wollen selbst den Anschein vermeiden, dass sie sich für Kapitalismus zu engagieren. Damit sind sie wenig mehrheitsfähig. Die politisch korrekte Verdammung von Kapitalismus wirkt als hervorragende Barriere gegen die Entwicklung von Positionen, die die „Gier“ der Kapitalisten einschränken könnten.

Theoretisch gleichrangig können die Befürworter von Wandel nur dann werden, wenn sie klarmachen, dass – im hegelschen Sinn des Begriffs der Aufhebung – ihre Forderung nach Einschränkung von Kapitalismus auf die Bereiche, in denen Marktkonkurrenz anderen Regulierungsformen überlegen ist, auf Bewahrung, nämlich Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit von Kapitalismus setzt. Andere Regulierungen werden für jene Bereiche vorgeschlagen, wo Kapitalismus nicht oder auch nicht mehr funktionieren kann, sondern zu verstärkter Aneignung von Renten durch Polarisierung der Einkommen und Entkoppelung zwischen Mehrprodukt und Finanzierungsbedarf für Investitionen führt. Die Entwicklung der hier skizzierten Position ist beabsichtigt, wenn ich argumentiere, dass wir Kapitalismus bewahren und vor den „Kapitalisten“ schützen müssen (Eisenhans 2015).

Die wachsende Ungleichheit im Westen ist nicht Ausdruck einer Entfesselung von Kapitalismus, sondern einer Zurückdrängung von Kapitalismus durch die Privilegierten. Sie, also die Privilegierten, waren unter dem Druck von Arbeit und deren Einkommensforderungen erst in der Neuzeit zu Kapitalisten geworden, strebten aber stets danach, die Sicherheit des Rentiers wieder zu erlangen. Ein solcher Wandel wird sich nicht auf Eingriffe in die Einkommensverteilung beschränken können, wie dies von Piketty (2014, 480) letztlich gefordert wird, sondern muss Kapitalismus den ihm gebührenden Platz geben, hingegen die nichtkapitalistischen Sphären schützen und diese mit alternativen Regulierungsmechanismen steuern. Anders als Piketty argumentiere ich nicht gegen die ungleiche Vermögensverteilung, sondern gegen im Verhältnis zur realen Wirtschaft hohe Vermögenswerte. Der Umfang des als Kapital fungierenden Vermögens ist im Kapitalismus wegen dessen Effizienz der Technologiewahl begrenzt. Die im Verhältnis zur realen Ökonomie überproportionale Expansion der Finanzmärkte droht die reale Wirtschaft zu strangulieren und beseitigt Mechanismen zur Kontrolle der Bereicherungstendenzen der Reichen. Einkom-

menszuflüsse aus Sachvermögen außerhalb der Produktion, also v.a. Renten, können den Profit kapitalistischer Unternehmen begrenzen. Eine Abstimmung zwischen beiden Sphären und den ihnen zuzuweisenden Regulierungsmechanismen erfordert eine überwölbende politische Struktur dezentraler demokratischer Partizipation, in der der Kampf gegen die Oligarchie der im Amt Etablierten zu einem wichtigen Instrument wird. So definiert hat sich die Demokratisierung der dritten Demokratiewelle (Huntington 1991, 179) als Stärkung der oligarchischen Strukturen in der Welt erwiesen. Diese Demokratien waren so konzipiert, dass sie wenig in die Verteilung, wenig in die Eigentumsstrukturen, und wenig in die schon bestehenden Machtpositionen zur Rentenaneignung eingegriffen haben (Zinecker 2009, 325).

## ⇒ Literaturverzeichnis

Bardt, Hubertus/Grömling, Michael (2003): Sparen in Deutschland und den USA. IW-Trends 3/2003, Köln: Institut der deutschen Wirtschaft, 1-20, online verfügbar: [http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends03\\_03\\_4.pdf](http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends03_03_4.pdf) (16.06.2011)

Bonhoeffer, Friedrich (1967): Investitionen in der Industrie bleiben zurück, in: Wirtschaftskonjunktur 19, 4, 19-28.

Bortkiewicz, Ladislaus von (1907): Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System (3), in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 25, 2, 445-489.

Elsenhans, Hartmut (1978): Wachstumsprobleme in der Bundesrepublik, in: Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte 25, 8 (August 1978); 631-634.

Elsenhans, Hartmut (1980a): Elsenhans an Hans Krollmann, Kultusminister (Brief, Juli 1980).

Elsenhans, Hartmut (1980b): Englisches Poor Law und egalitäre Agrarreform in der Dritten Welt. Einige Aspekte der Theorie, daß Wachstum historisch die Erweiterung des Massenmarktes erforderte und heute die Erweiterung des Massenmarktes erfordert, in: Verfassung und Recht in Übersee 13, 4, 283-318.

Elsenhans, Hartmut: (1986): Der Mythos der Kapitalintensität und die notwendig falsche Technologiewahl der Entwicklungsländer, in: Kohler-Koch, Beate (Hg.): Technik und internationale Politik, Baden-Baden: Nomos, 267-290.

Elsenhans, Hartmut (1987): Elsenhans an Peter von Oertzen (Brief, Februar 1987).

Elsenhans, Hartmut (1999): Individualistische Strategien der Haushalte zur Zukunftssicherung: Grundlage für den Niedergang des wohlfahrtstaatlichen Kapitalismus, in: Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 9, 3, 114-142.

Elsenhans, Hartmut (2002): Macroeconomics in Globalization: Productivity, Wages, Profits, and Exchange Rates in an Era of Globalization, in: Brazilian Journal of Political Economy, 22, 85 (Januar-März 2002), 53-78.

Elsenhans, Hartmut (2004). Globalisation, Devaluation and Development, in: Rajasthan Economic Journal 27, 1, 1-14.

Elsenhans, Hartmut (2006): Globalization between a Convoy Model and an Underconsumptionist Threat, Münster: LIT Verlag.

Elsenhans, Hartmut (2010a): Die beiden Nachkriegszeiten des 20. Jahrhunderts, in: Thamer, Hans-Ulrich (Hg.): WBG Weltgeschichte. Eine globale Geschichte von den Anfängen bis ins 21. Jahrhundert. Band VI: Globalisierung 1880 bis heute, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 222-276.

Elsenhans, Hartmut (2010b): Schröderianischer Vulgärmarxismus? Die aufsteigenden 68er, in: WeltTrends 18, 72, S. 140-141.

Elsenhans, Hartmut (2011a): The Rise and Demise of the Capitalist World System, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.

Elsenhans, Hartmut (2011b): World System Theory and Keynesian Macroeconomics: Towards an Alternative Explanation of the Rise and Fall of the Capitalist World System, in: Cahiers du CREAD 97, 5-61.

Elsenhans, Hartmut (2012): Kapitalismus global. Aufstieg - Grenzen – Risiken, Stuttgart u.a.: Kohlhammer.

Elsenhans, Hartmut (2014): Saving Capitalism from the Capitalists. A Contribution to Global and Historical Keynesianism, Beverly Hills, Cal. et. al.: Sage.

Geiger, Theodor (1932): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statischer Grundlage, Stuttgart: Ferdinand Enke.

Giersch, Herbert (1983): Arbeit, Lohn und Produktivität, in: Weltwirtschaftliches Archiv 119, 1.

Hannah, Leslie (1998): Die Überlebenschancen der Großen, in: Probleme des Klassenkampfes 28, 113, S. 509-528.

Harvey, Ross (2004): Comparison of Household Saving Ratios: Euro Area, United States, Japan. OECD Statistics Briefs 4 (Paris: Organization for Economic Cooperation and Development).

Hein, Eckhard; Vogel, Lena (2008): Distribution and Growth Reconsidered: Empirical Results for Six OECD Countries, in: Cambridge Journal of Economics 32, 3, 479-511.

Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century (Norman; London: University of Oklahoma Press).

Kalecki, Michal (1942): A Theory of Profits, in: Economic Journal 52, 206/207, 258-267.

Kamerschen, David R. (1971): Changes in Concentration in American Manufacturing Industries, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft / Journal of Institutional and Theoretical Economics 127, 4, 621-631.

Keynes, John Maynard (1930): A Treatise on Money, London: Macmillan.

Keynes, John Maynard (1936): The General Theory of Employment, Interest, and Money, London: Macmillan.

Krugman, Paul R. (1979): Increasing Returns, Monopolistic Competition, and International Trade, in: Journal of International Economics 9, 4, 469-479.

Kühn, Wolfgang (1999): Die Arbeitsproduktivität in der DDR und in der ostdeutschen Wirtschaft heute. Hintergründe, Entwicklung, Folgen. (Pankower Vorträge 17), Berlin: Helle Panke.

Leijonhufvud, Axel (1998): Three Items for the Macroeconomic Agenda, in: Kyklos 51, 2, 197-218.

Lenin, Wladimir Iljitsch (1972/1899): Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Der Prozeß der Bildung des inneren Marktes für die Großindustrie (Lenin Werke 3), Berlin: Dietz, 7-629.

Mackenroth, Gerhard (1952): Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan, in: Albrecht, Gerhard (Hg.): Verhandlungen auf der Sondertagung in Berlin, 18. und 19. April 1952, Berlin: Duncker und Humblot, 39-76.

Marx, Karl (1972/1867): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1: Der Produktionsprozeß des Kapitals (MEW 23), Berlin: Dietz.

Masubuchi, Katsuhiko (2006): Japan's Household Savings Ratio, Tokyo: Economic and Social Research Institute (ESRI).

Okishio, Nobuo (1961): Technical Change and the Rate of Profit, in: Kobe University Economic Review 7, 85-99.

Packard, Vance (1960): The Waste Makers, New York: David McKay.

Piketty, Thomas (2014): Capital in the Twenty-First Century (Electronic Version), Cambridge: Belknap.

Salter, Wilfried E. G. (1960): Productivity and Technical Change, Cambridge et al.: Cambridge University Press.

Samuelson, Paul A. (1972): The Economics of Marx: An Ecumenical Reply, in: Journal of Economic Literature 10, 1, 51-57.

Samuelson, Paul A. (1974): Insight and Detour in the Theory of Exploitation: A Reply to Baumol, in: Journal of Economic Literature 12, 1, 62-71.

Say, Jean-Baptiste (1972/1803): Traité d'économie politique, Paris: Calmann-Lévy.

Scott, Peter M.; Walker, James (2011): Sales and Advertising Expenditure for Interwar American Department Stores, in: Journal of Economic History 71, 1, 40-69.

Sinn, Hans-Werner (2007): Internationaler Vergleich der Arbeitskosten. Warum Deutschland keine starken Lohnerhöhungen verträgt, in: IFO-Schnelldienst 60, 4, 54-58.

Statistisches Jahrbuch 2015. Bundesrepublik Deutschland (2015), online verfügbar: <http://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch.html> (04.06.2016)

Stiglitz, Joseph E. (2012): The Price of Inequality. How Today's Divided Society Endangers Our Future, (New York: W Norton.

Stockhammer, Engelbert (2014): Entstehung und Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes. Eine postkeynesianische Perspektive auf Finanzialisierung, in: Heires, Marcel/Nölke, Andreas (Hg.): Politische Ökonomie der Globalisierung, Berlin u.a.: Springer, 33-48.

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin: Suhrkamp.

Stürmer, Wilhelmine (1968): Die Entwicklungskomponenten des Kapitalkoeffizienten. Dargestellt am Beispiel des Maschinenbaus und der chemischen Industrie der Bundesrepublik, in: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung 19, 1, 13-28.

Suh, Doowon (2002): Middle Class Formation and Clan Alliance, in: Social Science History 26, 1, 105-134.

Turowski, Jan (2010): Sozialdemokratische Reformdiskurse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wilcock, Neil/Scholz, Corinna (2015): Hartmut Elsenhans and a Critique of Capitalism. Conversations on Theory and Policy Implications, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Zinecker, Heidrun (2009): Regime-Hybridity in Developing Countries: Achievements and Limitations of New Research on Transitions, in: International Studies Review 11, 2, 302-331.

---

**Zitationsvorschlag:**

**Hartmut Elsenhans** (2016): Polarisierung gefährdet Kapitalismus. (Ethik und Gesellschaft 1/2016: Vermögensungleichheit). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2016-art-2> (Zugriff am [Datum]).

---



**ethikundgesellschaft**  
**ökumenische zeitschrift für soziaethik**

**1/2016: Vermögensungleichheit**

Julian Bank

Leerstelle in der wirtschaftspolitischen Debatte? Die Piketty-Rezeption und Vermögensungleichheit in Deutschland

Hartmut Elsenhans

Polarisierung gefährdet Kapitalismus

Johannes Schmidt

Makroökonomische Wirkungen der Vermögenskonzentration

Eckhard Hein

Verteilungstendenzen im finanzdominierten Kapitalismus und ihre makroökonomischen Folgen

Dierk Hirschel

Soziale Ungleichheit, politische Ungleichheit und die Rolle der Stiftungen

Andreas Fisch

Gerechtfertigte Besteuerung von Vermögen und Erbschaften? Leitbilder für eine Steuerpolitik angesichts sozialer Ungleichheiten

Ulrich Klüh

Kapitalakkumulation durch Kapitalbesteuerung?  
 Eine kontextuelle Analyse der Vermögensbesteuerung

Giacomo Corneo

Öffentliches Kapital: Ein evolutionäres Programm für mehr Demokratie und Wohlstand